



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Eröffnung des Zollparlaments.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Jahrhunderten gewesen, wir sehen vielleicht unbefangener, als sie, was wir ihnen werth sind und wie viel sie uns werden können; und wir sind überzeugt, fest und innig, daß sie doch alle zu uns kommen werden, und daß in wenigen Jahren ihnen selbst dieser Gedanke deutlich und lieb sein wird.

Die Eröffnung des Zollparlamentes.

Berlin, 27. April.

In dreierlei Richtung hängt die hochgespannte Erwartung der Nation an dem heut hier eröffneten Parlament, das ihre erste gesetzliche Gesamtvertretung nach dem gleichsam improvisirten und verunglückten Versuch von 1848 ist. Die Neubildung politischer Parteien, welche mit den Ereignissen von 1866 begonnen, soll einen gewissen vorläufigen Abschluß finden, und aus den jetzt bestehenden Anfängen und Bruchstücken eine nationale Gesamtpartei sich herausgestalten. Das Zollparlament hat ferner darzuthun, ob und inwieweit es ein geeignetes Gefäß für die Entwicklung der Einheitsideen und Einheitsformen ist. Endlich soll durch seine Action auf die überlieferte Gesetzgebung des Zollvereins dem wirtschaftlichen Leben des deutschen Volks ein frischer mächtiger Anstoß gegeben werden.

Am wenigsten vorbereitet ist die Versammlung offenbar, der dritten dieser Aufgaben zu entsprechen, die ihre eigentliche, vertragsmäßige und nächste ist. Die Mitglieder des norddeutschen Reichstages, welche als solche auch Mitglieder des Zollparlamentes sind, haben sich ihren Wählern nicht vorgestellt, sind von diesen nicht ausersehen worden mit irgend einer bestimmenden Rücksicht auf die Zollvereinsgesetzgebung. Eine große Zahl von ihnen ist bereit, zu gestehen, daß sie sich von heute an nicht mehr recht competent zum Mitsprechen fühle; in das Detail der nun zu entscheidenden wichtigen, zum Theil schwierigen und verwickelten Fragen werden sie sich daher noch weniger vertiefen, als das der Regel nach das Gros irgend einer repräsentativen Körperschaft thut. Diese relative sachliche Schwäche des norddeutschen Hauptcorps wird auch durch keine besondere technische Force des Zuzugs aus Süddeutschland ausgeglichen. Wir wissen ja, auf welche Schlagworte und Merkmale hin die Abgeordneten in Baiern, Württemberg, Baden und Südhessen gewählt wurden. Mit Ausnahme eines einzelnen der badischen Vertreter, sind sie ebenfalls wegen ihrer politischen Gesinnung und Fähigkeit, nicht als vorzugsweise berufene Kenner von Zollfragen hierher entsandt worden.

Indessen mag dies nicht gerade als Unglück angesehen werden. Ein Parlament kann nicht und braucht nicht eine Vereinigung von Interessenten und Experten zu sein. Wenn es unter dem politischen Gesichtspunkt seinen

Werth hat, daß innerhalb der ersten regelmäßigen Nationalvertretung wirthschaftliche Disharmonien die politischen Gegensätze kreuzen, so ist es auch unter dem Gesichtspunkt einer zweckmäßigen Entscheidung der Zollfragen nicht zu verachten, daß dieselben nicht lediglich danach ausfallen, ob die Freihändler oder Schutzzöllner um einen oder mehrere Köpfe stärker an Zahl sind. Das Wünschenswerthe ist vielmehr, daß beide Parteien Gelegenheit und ausgiebige Mittel haben, ihre Auffassung völlig geltend zu machen, und daß dann eine Mehrzahl mehr neutraler, mehr aus politischen und rein patriotischen Motiven urtheilender Mitglieder, indem sie ihr Gewicht nach rechts oder links hin wendet, das Zünglein in der Waage abgibt. Sollte — wie allerdings zu fürchten steht — die sachliche Information dieses höchsten Gerichtshofes diesmal etwas zu wünschen übrig lassen, so wird das ein vorübergehendes Uebel sein, denn gerade der dadurch bedingte Ausgang der Verhandlungen des ersten Zollparlamentes wird die etwa benachtheiligten Interessen und Doctrinen lehren, sich rechtzeitig mit allem ihnen zu Gebote stehenden Nachdruck durch öffentliche und private Agitation um die Stimmen jener Richter, d. h. der minder sachkundigen Mitglieder, zu bewerben.

Was die Bedeutung des Zollparlamentes als Instrument zur Vervollständigung der deutschen Einheit betrifft, so ist die früher sehr verbreitete Annahme, man werde ohne Aufenthalt die Hand an eine weitgreifende Erweiterung seiner Competenz legen, neuerdings ziemlich außer Cours gekommen. Einzelne politische Denker zweifeln sogar, ob man dieser Repräsentation ohne gegenüberstehende Executive das Mandat zu weitere Gebiete umfassender Vertretung der Nation überhaupt ertheilen dürfe. Die reinen Praktiker stellen die Schwierigkeiten einer sofort vorzunehmenden Competenz-Erweiterung in den Vordergrund. Der führende Staatsmann hat bekanntlich seine Stellung zur Sache der Welt noch nicht bezeichnet; es sei denn, daß man dieselbe in der Wendung ausgesprochen sehen wollte, welche die Präsidialregierung neuerdings der Frage von der Ausdehnung der nationalen Freizügigkeit auf Süddeutschland gegeben hat. Allein es können ebenso gut rein sachliche Bedenken gegen eine vertragsmäßig, nicht gesetzlich begründete und nicht durch Gesetzgebungs-Organe fortzubildende Freizügigkeit als eine prinzipielle politische Maxime Preußen bestimmt haben, die gewünschte Aufnahme Süddeutschlands in den freien Umzug der Menschen innerhalb des norddeutschen Bundes nur dann zuzugestehen, wenn der Wirkungskreis der Organe des Zollbundes um dieses Gebiet erweitert wird. Aus dem Schweigen der Thronrede über diesen Punkt können sichere Schlußfolgerungen gleichfalls nicht abgeleitet werden. So möchte diese wichtige Frage von der anderen abhängig sein, ob die Organisation der nationalen Parteien im gegenwärtig versammelten Parlament einen glücklichen Verlauf nimmt oder nicht.

Darüber läßt sich im Augenblick noch nichts bestimmtes sagen. Die süddeutschen Patrioten, denen man Neigung zum Eintritt in die nationalliberale Partei zutrauen mag, die in der That größtentheils schon früher mit den Führern derselben gemeinschaftliche Feldzüge durchgeföhrt haben, die Bölk und M. Barth, die Bluntschli und Roggenbach, die Mez und Bamberger, finden ihre Freunde dem Grafen Bismarck entfremdeter als je seit dem Sommer 1866, der Fortschrittspartei wiederum genäherter und in ihrem Bewußtsein als Parteiführer offenbar gehoben. Es liegt die Vermuthung nahe, daß die Erwartung der Ankunft des süddeutschen Zuzugs nicht ohne Einfluß auf die Entschiedenheit geblieben ist, mit welcher die nationalliberale Partei auf dem Verantwortlichkeitszusatz zu dem Gesetz über die Bundesschuldenverwaltung bestanden hat. Den im Dienste des Liberalismus ergrauchten süddeutschen Nationalen glaubte man den Zutritt nicht wirksamer empfehlen zu können, als durch das Schauspiel einer Festigkeit in constitutionellen Forderungen, die sich durch keine Drohungen von der Ministerbank erschüttern ließ.

So alt und tief eingewurzelt bei den süddeutschen Liberalen aber auch die Liebe zur Freiheit ist, ihre Sehnsucht nach vollendeter vaterländischer Einheit ist dormalen doch muthmaßlich das stärkere Gefühl in ihnen: Ihr Verhältniß zu den Nationalliberalen des norddeutschen Reichstages entspricht dem, welches die Vertreter der neuen Provinzen ihrer Zeit zu den Nationalliberalen des preussischen Abgeordnetenhauses einnahmen. Man könnte daher erwarten, Redner wie Bölk, Mez, Bluntschli würden jetzt ähnliche Rollen übernehmen, wie sie Braun und Miquel bei Beginn des ersten Reichstages behaupteten; dem entsprechend würden sich dann auch die kleinen Differenzen erneuern, in welche der feurige Positivismus der Miquel und Braun zuweilen mit dem oppositionellen Mißtrauen der alten preussischen Verfassungskämpfe im Schoße der Fraction gerathen ist. Doch sind theils seitdem die Meinungen im allgemeinen so gedämpft worden, theils die unmittelbaren Aufgaben des Zollparlaments für patriotische Ergüsse so wenig angethan, daß das vorhandene überschüssige und gesparte Pathos vielleicht auf andere Weise verwendet wird, z. B. auf die Vertheidigung der deutschen Partei in Württemberg gegen ihre systematische gesetz- und vertragswidrige Unterdrückung bei den Wahlen.

Nicht von allen süddeutschen Nationalen steht übrigens im Augenblick schon fest, ob sie zu den norddeutschen Nationalliberalen stoßen werden. Mez z. B. neigt persönlich stark zur Fortschrittspartei, vielleicht auch Cramer, der vor drei bis vier Jahren sogar Miene machte, zu den Radicalen überzugehen. Immerhin sollte man denken, daß der Wunsch, sich von ihren inländischen Parteigenossen nicht zu separiren, sowie deren überwiegende Hineigung zur nationalliberalen Fraction den Ausschlag geben werde.